

Grosse Vermögen bedrohen Demokratie

Die kürzlich veröffentlichten Zahlen der Steuerverwaltung für 2018 zeigen einen stetigen und steilen Anstieg der höchsten Vermögen in der Schweiz. Das reichste Prozent der Steuerzahlenden besass Anfang der 1990er-Jahre 30 Prozent aller Vermögen, was im internationalen Vergleich schon damals ein Spitzenwert war. Bis 2010 ist dieser Anteil auf 40 Prozent und bis 2018 gar auf fast 45 Prozent gestiegen. Damit hat der Vermögensanteil der Wohlhabendsten innerhalb von drei Jahrzehnten um 50 Prozent zugenommen.

Auch im Ländervergleich heben die Schweizer Reichen ab. Selbst in den Vereinigten Staaten, die eine ähnlich ungleiche Vermögensverteilung wie die Schweiz aufweisen, betrug der Anstieg seit 1990 «nur» 35 Prozent.

Gemäss des von Neoliberalen immer wieder ins Feld geführten «Trickle-down-Effekts» müssten von dieser Wohlstandsentwicklung eigentlich alle profitieren, weil sich solche Wohlstandszunahmen bei den oberen Zehntausend

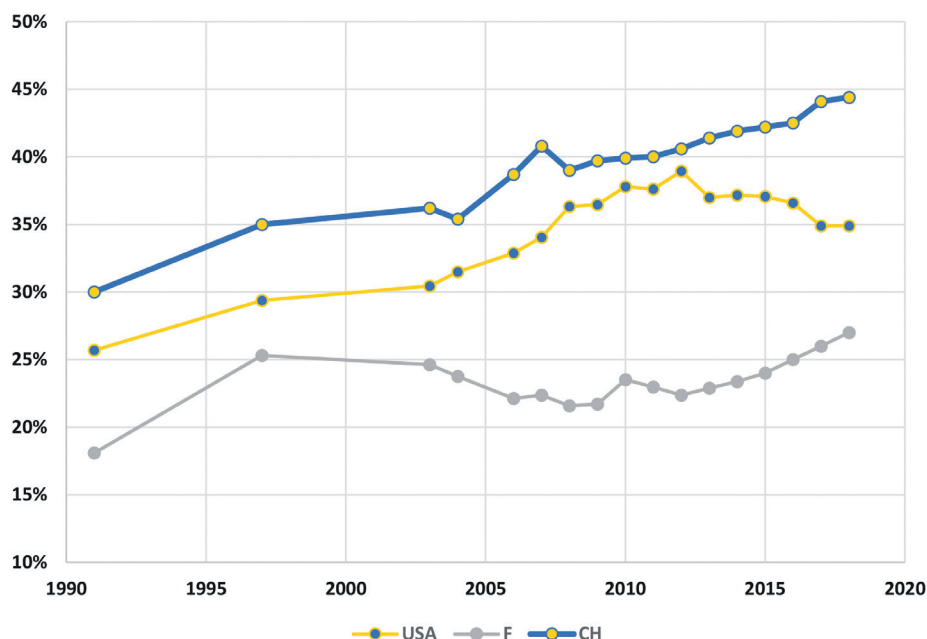
auch auf weniger wohlhabende Schichten positiv auswirken sollten. Dies war in der Schweiz aber kaum der Fall. Zwar ist der Anteil der Personen ohne Vermögen seit 1990 zurückgegangen. Aber die ärmere Hälfte der Bevölkerung

verfügte 2018 nach wie vor nur über einen Anteil von 1,3 Prozent des Gesamtvermögens, was sogar etwas weniger ist als 1990. Diese Steuerzahler:innen verfügten 2018 über kein oder weniger als CHF 50 000,- Vermögen. Die 80 000 Reichsten der Schweiz versteuerten hingegen fast die Hälfte des Gesamtvermögens und das meiste davon gehörte den allerreichsten 10 000.

Reiche legen auch in der Pandemie zu

Bereits in den Jahren 1990 bis 2018 hat die Ungleichheit also extrem zugenommen, wobei es deutliche Belege dafür gibt, dass die Verteilung nach 2018 noch ungleicher geworden ist, und zwar in der Schweiz wie auch im internationalen Rahmen. Dies trifft auch auf die beiden Jahre der Corona-Pandemie zu: So zeigt der «World Inequality Report 2022»,¹ dass die Milliardär:innen weltweit ihren Anteil am Gesamtvermögen 2020 und 2021 deutlich erhöhen konnten. Laut Weltbank konnten die zehn reichsten Männer der Welt ihr Vermögen seit Beginn der Pandemie

Anteil des reichsten Prozents am Gesamtvermögen in der Schweiz, den USA und Frankreich



Quellen: Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV), Gesamtschweizerische Vermögensstatistik (ohne Berücksichtigung der BVG-Ersparnisse) World Inequality Data WID.


und das bei einer äusserst hohen Stimmbeteiligung. Das ist erstaunlich, denn die Justizinitiative, die die Wahl der Bundesrichter:innen dem Zufallsprinzip unterwerfen wollte, kam quasi aus dem Nichts und wurde von keiner einzigen Partei und keinem einzigen grösseren Verband unterstützt.

Ein weiteres Beispiel betrifft die Abstimmung über das Covid-19-Gesetz. Hier fiel auf, mit welchem riesigem Aufwand vonseiten der Corona-Skeptiker:innen und Impfgegner:innen für die Ablehnung des Gesetzes geworben wurde, vor allem mit Plakaten im ganzen Land und Inseraten in der Printpresse und in Online-Medien. Anhand der Inserate lässt sich das Ungleichgewicht des Pro- und Contra-Lagers gut ablesen.⁵ Elf Tage vor der Abstimmung wurden 209 Inserate der Gegnerschaft des Gesetzes und nur 22 Pro-Inserate gezählt. Inzwischen ist bekannt, dass diese kostspielige Nein-Propaganda vom Komitee «Gesund und frei» mit einem Budget von 1.3 Millionen Franken gesponsert wurde. Finanziert insbesondere von zwei Superreichen, nämlich vom Milliardärs-Ehepaar Wietlisbach und von einer der reichsten Frauen der Welt, Rahel Blocher, Mitbesitzerin der EMS-Chemie. Zwar gelang es auch in diesem Fall nicht, eine Mehrheit der Stimmbürger:innen von einem Nein zum Gesetz zu überzeugen. Diese Beispiele zeigen aber, dass Milliardär:innen in der Schweiz grosse Mittel in Abstimmungskämpfe investieren und damit die Meinungsbildung erheblich beeinflussen können. Viele Abstimmungen wurden in den letzten Jahren mit geringen Mehrheiten (zwischen

50 und 53 %) gewonnen oder verloren. Da kann der finanzielle Einsatz im Abstimmungskampf entscheidend für ein Ja oder Nein sein. Nur erwähnt sei hier der Einfluss der reichen Familien auf die Medienlandschaft, die bei der Meinungsbildung auch eine grosse Rolle spielt.

Rückverteilen schützt Demokratie

Es ist für das Funktionieren unseres demokratischen Systems nötig, die immer weiter auseinanderklaffende Schere bei der Vermögensverteilung wieder zu schliessen. Sonst laufen wir Gefahr, dass reiche Familien und Unternehmen immer häufiger politische Prozesse zu ihren Gunsten mitentscheiden und so das demokratische System aushebeln. Ausser bei der Bundessteuer trägt unser System der direkten Steuern im Vergleich zu anderen Ländern nur sehr wenig zu einer Rückverteilung von Reich zu Arm bei, das hat eine neuere Studie gerade deutlich aufgezeigt.⁶ Anstatt die nötige Rückverteilung jetzt endlich anzugehen, laufen die politischen Bestrebungen genau in die entgegengesetzte Richtung: Zur Entlastung von Unternehmen und Anleger:innen soll jetzt die Verrechnungssteuer abgeschafft werden und als «Kompensation» für den neu einzuführenden internationalen Mindeststeuersatz von 15 Prozent schlagen Bundesrat Maurer und einige Kantone vor, hohe Managementgehälter und Vermögen zu entlasten. Dabei wäre jetzt eine stärkere Progression bei hohen Einkommen, eine Abgabe auf hohe Vermögen und Kapitalerträge und/oder eine Erbschaftssteuer nötig, um eine

Trendwende bei der Verteilung zu erreichen, demokratische Entscheidungsprozesse zu stärken und zukünftige politische und wirtschaftliche Krisen abzuwenden. 

Baumann, H./Fluder, R. (2021): **Denknetz-Gleichheitsmonitor 2021 mit Kommentar**, unter: www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2021/11/Kommentar_Gleichheitsmonitor_2021.pdf.



Hans Baumann
Ökonom, Publizist und Autor.



Robert Fluder
Dozent/Projektleiter an der Berner Fachhochschule, Departement Soziale Arbeit, im Schwerpunkt Soziale Sicherheit/Sozialpolitik und Mitglied des Denknetz.

(März 2020) sogar verdoppeln.² Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch in der Schweiz: Die 300 reichsten Personen konnten ihr Vermögen im Jahr 2021 nochmals deutlich steigern, nämlich um 115 Milliarden CHF, von 707 auf 822 Milliarden CHF.³ Das war der höchste jährliche Zuwachs seit Einführung des «Bilanz»-Rankings im Jahr 1989. Seit 2018 beträgt der Zugewinn der Reichsten 22 Prozent oder 147 Milliarden CHF.⁴

Milliardär:innen als Meinungsmacher:innen

Die zunehmende Ungleichheit beim Vermögen ist nicht nur ein wirtschaftliches und soziales Problem, weil immer mehr Vermögen dort angelegt wird, wo am meisten Rendite winkt anstatt dort, wo der grösste Bedarf besteht, wie zum Beispiel beim Klimaschutz, der Infrastruktur oder der Gesundheit. Auch politisch kann dies eine Machtverschiebung bewirken und demokratische Entscheide infrage stellen, was eine Oligarchisierung und Refeudalisierung der Gesellschaft zur Folge hat. Einen kleinen Vorgeschmack dazu haben wir in der Schweiz anlässlich der Volksabstimmungen vom 28. November 2021 bekommen. Adrian Gasser, Unternehmer, Querdenker und einer der 300 Reichsten der Schweiz, hatte praktisch im Alleingang und mit viel Geld seine «Justizinitiative» lanciert und dank bezahlten Mitarbeitenden auch die nötigen Unterschriften dafür gesammelt. Zwar liess sich eine klare Mehrheit der Stimmbürger:innen in der Volksabstimmung nicht von seinen Argumenten überzeugen. Aber dank kostspieliger Propaganda erreichte diese Initiative immerhin ein Drittel der Stimmen,



- 1 Chancel, L. et al.: World Inequality Report 2022, World Inequality Lab, <https://wir2022.wid.world>
- 2 Oxfam Deutschland: Gewaltige Ungleichheit, Berlin 2022, www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/gewaltige-ungleichheit-fehler-liegt-system
- 3 Diese Zahl ist nicht direkt mit den oben erwähnten 970 Milliarden Vermögen der reichsten 80 000 vergleichbar. Bei den 970 Milliarden CHF handelt es sich um steuerbares Vermögen. Bei den Vermögensschätzungen der Bilanz wird das Vermögen aufgrund des Aktienbesitzes etc. geschätzt und dürfte daher um einiges höher ausfallen als das gegenüber den Steuerbehörden deklarierte Netto-Vermögen.
- 4 Handelszeitung, 26.11.2021, www.handelszeitung.ch/bilanz/zahlen-und-fakten-zu-den-300-reichsten-der-schweiz-2021
- 5 Heidelberger, A/Bühlmann, M.: APS – Zeitungs- und Inserateanalyse zu den Abstimmungen vom 28.11.2021. Zwischenstand vom 18.11.2021, Bern 2021
- 6 Hümbelin, O./Farys, R./Jann, B./Lehmann, O.: Umverteilung über Steuern und Sozialleistungen in der Schweiz. in: Social Change in Switzerland 28, 2021, doi: 10.22019/SC-2021-00008